

Den BVP-Verbänden gehören sowohl Pflichtsoldaten (yiwubing) als auch Freiwillige (zhiyuanbing) an. Die Vorschriften und Bestimmungen der VBA gelten auch für die BVP, und die Angehörigen der BVP genießen die gleiche Behandlung wie die VBA-Soldaten. Die BVP-Uniform besteht aus einer grünen Jacke mit roten Abzeichen am Kragen, einer blauen Hose und einer grünen Mütze mit dem Nationalembem der Volksrepublik China.

Die Bewaffnete Volkspolizei hat folgende Aufgaben:

- Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung bzw. Sicherung des inneren Friedens,
- Schutz von wichtigen Partei- und Regierungsinstitutionen,
- Schutz von anderen wichtigen öffentlichen Einrichtungen, wie z.B. Verkehrs- und Transportanlagen und Industriebetriebe,
- Schutz der ausländischen Botschaften und Konsulate in China und
- Sicherung der Grenzen der VR China, darunter auch die Bekämpfung von Schmuggel und Spionage.

Die BVP-Zentrale untersteht dem Staatsrat (Zentralregierung) bzw. dem Ministerium für Öffentliche Sicherheit. Der Staatsrat ernennt die Führungskader der BVP-Zentrale, während das Ministerium für Öffentliche Sicherheit die BVP-Hauptquartiere auf Provinzebene personell besetzt. Kommandeur der BVP-Zentrale wurde der frühere stellv. Kommandant des Militärbezirks Beijing, Li Gang. Höchster Politkommissar und gleichzeitig oberster Dienstherr der BVP ist der Minister für Öffentliche Sicherheit, Zhao Cangbi. Die Führung der BVP durch die zivilen Sicherheitsorgane wird auch daran deutlich, daß die Direktoren der Ämter für Öffentliche Sicherheit auf Provinzebene gleichzeitig die obersten Politkommissare der Provinzhauptquartiere der Bewaffneten Volkspolizei sind.

Die I.Arbeitstagung der Bewaffneten Volkspolizei fand vom 19.-27.April in Beijing statt. Höchster Parteivertreter auf dieser Tagung war ZK-Sekretär Chen Pixian, der innerhalb des ZK-Sekretariats offenbar u.a. für Fragen der öffentlichen Sicherheit zuständig ist. (RMRB, 6.3.83, 6.4.83, 27.4.83; XNA, 5.3.83, 5.4.83, 28.4.83; diverse Rundfunkmeldungen, nach: SWB)

-sch-

WISSENSCHAFT+AUSBILDUNG KUNST UND MEDIEN

(18)

Kulturelles Erbe und sozialistische Moral

Auf der dritten Tagung der Historischen Gesellschaft, die vom 11. bis 16.April 1983 in Beijing stattfand und an der über zweihundert Historiker aus ganz China teilnahmen, standen folgende Themenbereiche auf der Tagesordnung: die führende Rolle des Marxismus in der historischen Forschung, das Verhältnis zwischen dem kulturellen Erbe Chinas und der Entwicklung einer sozialistischen Ethik sowie theoretische Probleme bezüglich des Patriotismus (GMRB und XNA, 12.4.83).

Bemerkenswert ist vor allem, welche Antworten die Historiker hinsichtlich des Verhältnisses von traditioneller und sozialistischer Moral fanden. Grundsätzlich sprachen sie sich dafür aus, daß die sozialistische Ethik, die sich auf die kommunistische Ideologie gründet, aus der chinesischen Ethik, wie sie sich in Jahrtausenden herausgebildet habe, zu entwickeln sei. Viele moralische Qualitäten, die der chinesische Staat im Laufe der Geschichte propagiert habe, wie z.B. das Opfern eigener Interessen für andere, könnten durchaus Teil der sozialistischen Ethik sein, wenn sie von sozialistischer Ideologie erfüllt seien. Tian Changwu vom Historischen Institut der Akademie der Sozialwissenschaften vertrat die These, daß es in der chinesischen Geschichte nicht nur Autokratie, sondern auch Demokratie gegeben habe. Die altchinesische demokratische Tradition, so meinte er, dürfe beim Aufbau der sozialistischen Demokratie nicht außer acht gelassen werden. Namentlich führte er Menzius an, der in der demokratischen Überlieferung des chinesischen Altertums stehe. Zugleich betonten die Historiker, daß man dem historischen Erbe kritisch gegenüberzutreten müsse. So könne z.B. die "feudale Konzeption" der kindlichen Ehrfurcht nur für die sozialistische Ethik übernommen werden, wenn man darunter Respekt für die Alten verstehe. Wenn man darunter aber verstehe, daß Männer den Frauen überlegen seien und daß man dem Kaiser und dem Familienoberhaupt zu gehorchen habe, dann müsse diese Konzeption kritisiert werden (XNA, 18.4.83).

Ähnlich wie in den fünfziger Jahren und Anfang der sechziger Jahre hat man in China seit Maos Tod eine durchaus positive Hal-

tung zum historischen Erbe, allerdings unter der Voraussetzung der sog. "kritischen Übernahme" dieses Erbes. Erstaunlich ist jedoch, daß Menzius, der Schüler des Konfuzius, der in der Volksrepublik fast durchweg negativ beurteilt worden ist, neuerdings in so positivem Licht gesehen wird. Trotz aller Einschränkung historischer Forschung durch die Partei muß diese Bewertung als Ausdruck einer weitgehend liberalen Atmosphäre in der Wissenschaft angesehen werden.

-st-

(19)

Berufserziehung

Am 2.April 1983 endete eine vom Arbeitsministerium in Beijing einberufene nationale Konferenz über Berufserziehung. Auf der Konferenz wurde festgestellt, daß es um die Berufsausbildung in China allgemein sehr schlecht bestellt sei und daß ein großer Nachteil insbesondere sei, daß kein Zusammenhang zwischen den berufsausbildenden Einheiten und der Berufspraxis bestehe. Viele Berufsschulen, technische Schulen und Ausbildungskurse würden nicht den Anforderungen der Arbeitseinheiten genügen, und das bedeute eine große Verschwendung an Menschenkraft und an finanziellen und materiellen Mitteln. Deshalb faßte die Konferenz den Beschluß, daß von nun an Berufsausbildungsverträge eingeführt werden sollen und daß die Berufsausbildung den Anforderungen aller Berufssparten genügen sowie der staatliche Bedarf an Fachkräften befriedigt werden müsse (RMRB, 4.4.83). Wie Xinhua (2.4.83) bekanntgab, warten jährlich etwa 3 Millionen Schulabgänger mit mittlerer Reife oder Abitur in den städtischen Gebieten auf Arbeit. In diesem Jahr sollen 50 Prozent von ihnen eine Berufsausbildung erhalten. Bis zum Jahre 1986 soll dieses Programm so ausgebaut sein, daß allen arbeitslosen Jugendlichen eine Berufsausbildung zuteil wird.

Obwohl seit Jahren Bemühungen im Gange sind, das Berufserziehungssystem zu verbessern, scheint ein durchgreifender Erfolg bisher ausgeblieben zu sein. Die Regierung muß aus zweierlei Gründen an einer Lösung des Problems interessiert sein: Zum einen braucht der Staat in den staatseigenen Betrieben gut ausgebildete Fachkräfte, zum anderen stellen Jugendliche mit abgeschlossener Schulbildung, die keine weitere Ausbildung erhalten und keine Arbeit finden, ein Unruhepotential dar. Die Unzufriedenheit, die sich vor allem bei Jugendlichen, die nach dem Abi-

tur keinen Studienplatz bekommen, breit macht, könnte durch gute Berufsausbildungsmöglichkeiten neutralisiert werden.

-st-

(20)**Unabhängiges Architektenbüro**

In der Provinz Jiangxi ist kürzlich ein unabhängiges Architektenbüro eingerichtet worden. Drei Architekten mittleren Alters sollen das Provinz-Parteikomitee um Erlaubnis gebeten haben, ihre Organisationen verlassen und ein eigenes Architektenbüro gründen zu dürfen, das für Gewinn und Verlust selbst verantwortlich ist. Daraufhin soll der erste Parteisekretär der Provinz ihnen mit folgenden Worten die Erlaubnis erteilt haben: "Dies ist ein kühner Plan. Ich denke, er ist einen Versuch wert." Die drei Architekten sind von ihren bisherigen Dienststellen ohne Bezüge beurlaubt. Das neue Büro ist autorisiert, Aufträge aus dem In- und Ausland zu übernehmen. Die drei Inhaber wollen einen Bankkredit von 10.000 Yuan aufnehmen, um ihr Geschäft in Gang zu bringen. Diesen Kredit wollen sie einschließlich der Zinsen innerhalb von drei Monaten zurückzahlen. Darüber hinaus verlangen sie keine weitere finanzielle Unterstützung vom Staat. Das Büro wird 50 bis 70 Prozent seines Jahreseinkommens an den Staat abführen. Der Rest dient der Deckung der Betriebskosten, der Zahlung von Angestelltenlöhnen, Arbeitsversicherung und Krankenkosten. Ihre Angestellten wollen die Inhaber unter Arbeitslosen suchen. Es soll ein Grundlohn gezahlt werden, doch je nach Leistung können sich die Löhne erhöhen (Radio Nanchang, 5.4.83, nach SWB, 13.4.83).

Angesichts der Praktizierung des Verantwortlichkeitssystems auf dem Lande, wo der einzelne Haushalt für die Produktion verantwortlich ist, erscheint es nicht ungewöhnlich, wenn auch im städtischen Bereich private Initiative als Mittel zur Leistungssteigerung geduldet wird. Dennoch bleiben hier private Geschäfte und Betriebe die Ausnahme. Meist wird die Genehmigung kleinen Kollektiven erteilt, doch kann sie jederzeit rückgängig gemacht werden.

-st-

(21)**Ausgrabung der alten Xia-Hauptstadt**

Wie die Zeitschrift "Kaogu" (Cultural Relics) in ihrer Ausgabe 1983/3 berichtet, haben chinesische Archäologen in Wangcheng-

gang im Kreis Dengfeng in der Provinz Henan die Überreste einer viertausend Jahre alten Stadt ausgegraben (GMRB, 2.4.83; XNA, 2.4.83; RMRB, 3.4.83). Die Archäologen glauben damit die Hauptstadt der Xia-Dynastie (21.-16.Jh. v.Chr.) entdeckt zu haben. Bisher galt die Shang-Dynastie (16.-11.Jh. v.Chr.) als die erste historisch belegbare Periode der chinesischen Geschichte, während die Xia-Dynastie in der Fachwelt als legendär angesehen wurde. Ob es sich bei der ausgegrabenen Stadt allerdings um das in alten Quellen erwähnte Yangcheng, die Hauptstadt des legendären Herrschers Yu, des Bändigers der Fluten und angeblichen Gründers der Xia-Dynastie, handelt, läßt sich nicht mit Sicherheit sagen. Dennoch mißt der die Ausgrabungen leitende Archäologe Prof. An Jinhuai der Entdeckung große Bedeutung bei, weil sie die Existenz der Xia-Dynastie und ihrer Kultur nachweisen könnte (Interview mit Prof. An, XNA, 6.4.83). An Jinhuai, der 1948 sein Studium an der Historischen Fakultät der Universität Henan abschloß, hat sich bereits bei den Ausgrabungen der Überreste der Shang-Dynastie bei Zhengzhou einen Namen gemacht.

Die Ausgrabungsstätte liegt nahe dem Ort Gaocheng am nördlichen Ufer des Ying-Flusses, etwa 70 km von Zhengzhou entfernt. Die Ausgrabungen konzentrieren sich auf den Westteil der Stadt, da der Ostteil vom Fluß weggeschwemmt wurde. Der Westteil hat in etwa einen quadratischen Grundriß. Teile der alten Stadtmauer aus Erde sowie Wohnviertel sind noch erhalten. Das ummauerte Gebiet hat eine Grundfläche von 10.000 qkm. Im einzelnen wurden Reste von Terrassen und Gruben mit Skeletten (angeblich von Sklaven) sowie insbesondere eine große Anzahl von Tonscherben, Steinen, Knochen, Kaurimuscheln und Reste eines Bronzegefäßes gefunden. Die Archäologen ordnen die Funde der Longshan-Kultur der mittleren und späteren Jungsteinzeit zu. Mit den umfangreichen Ausgrabungsarbeiten wurde 1977 begonnen; jetzt nähern sie sich dem Ende.

Wie alle Ausgrabungen aus dem hohen Altertum Chinas dienen auch diese Funde in erster Linie dazu, die im marxistischen Entwicklungsschema vorgesehene Sklavenhaltergesellschaft für China nachzuweisen. Nach chinesisch-marxistischer Auffassung hat sich in der Xia-Dynastie der Übergang von der primitiven zur Klassengesellschaft vollzogen. Dessenungeachtet bedeutet die

Entdeckung dieser vor vier Jahrtausenden erbauten Stadt einen wertvollen Beitrag zur Erforschung der chinesischen Frühgeschichte.

-st-

(23)**Neues Präsidium für Journalistenverband**

Vom 8. bis 14. April 1983 fand in Beijing die dritte Tagung des Nationalrats des Chinesischen Journalistenverbandes statt. Die zweite Nationalrat-Tagung war 1960, also 23 Jahre zuvor, veranstaltet worden. In dem nationalen Verband sind 26 Journalistenverbände von Provinzen bzw. Städten und eine gleiche Anzahl von Ausbildungs- und Forschungsinstitutionen für Journalismus zusammengefaßt. In China gibt es zur Zeit 468 Zeitungen, 114 Rundfunkstationen, 482 Übertragungs- und Relaisstationen, 42 Fernsehzentren und zwei nationale Nachrichtenagenturen, die Xinhua News Agency und den China News Service (XNA, 9.4.83).

Zum Abschluß der Tagung wurde ein neues Präsidium gewählt. Zum neuen Vorsitzenden des 200.000 Mitglieder umfassenden Journalistenverbandes wurde Wu Lengxi erkoren. Der 63jährige Wu ist Minister für Rundfunk und Fernsehen und war früher Direktor der Xinhua-Nachrichtenagentur und Chefredakteur der Volkszeitung. Er ist seit 1939 Journalist. Außer dem Vorsitzenden gehören dem Präsidium acht stellvertretende Vorsitzende und sechzehn Mitglieder an. Zu den acht Stellvertretern wurden gewählt: Qin Chuan (Chefredakteur der Volkszeitung), Mu Qing (Direktor der Xinhua-Nachrichtenagentur), Liu Zunqi (Chefredakteur der "China Daily"), Fei Yimin (Direktor der "Da Gong Bao", Hong Kong), Zhao Chaogou (Chefredakteur der Shanghaier "Xinmin Abendzeitung"), Liu Zhongzuo (Direktor der VBA-Zeitung), Ding Xiling (Chefredakteur der "Nanfeng-Zeitung") und Wang Yi (Geschäftsführer) (XNA, 14.4.83; GMRB, 15.4.83). Außerdem gab sich der Verband eine neue Satzung, in der die chinesischen Journalisten aufgerufen werden, den Marxismus-Leninismus und die Mao-Zedong-Ideen zu studieren und vorbildlich in der Einhaltung der Verfassung und Gesetze zu sein. Demgegenüber verpflichtet sich der Verband, die legitimen Rechte und Interessen der Journalisten zu schützen und die für die Arbeit notwendigen Voraussetzungen zu schaffen (XNA, 14.4.83).

Der Journalistenverband ist weniger ein Interessenverband als

vielmehr ein Organ, dem die Aufgabe zufällt, die Mitglieder auf die von Partei und Regierung vertretene Politik auszurichten.

-st-

(23) Zeitungen und Zeitschriften für Bauern

In China gibt es gegenwärtig 483 landwirtschaftliche Zeitungen und Zeitschriften, deren Ziel es ist, die 800 Millionen umfassende bäuerliche Bevölkerung Chinas mit Nachrichten und Informationen aus der Landwirtschaft zu versorgen. Diese Zahl wurde jetzt vom Ministerium für Landwirtschaft, Viehzucht und Fischereiwesen bekanntgegeben. Außer auf nationaler Ebene werden solche Organe auf Provinz- und Kreisebene herausgegeben. Die Zahl der landwirtschaftlichen Kreiszeitungen beläuft sich mittlerweile auf vierhundert. Die meisten dieser Zeitungen und Zeitschriften wurden nach der Einführung des Verantwortlichkeitssystems in der Landwirtschaft im Jahre 1979 gegründet, weil die Bauern seitdem aufgrund des selbständigen Wirtschaftens auf neuere wissenschaftliche Kenntnisse und Techniken angewiesen sind. Tatsächlich werden die landwirtschaftlichen Zeitungen und Zeitschriften als das wirksamste Mittel der diesbezüglichen Wissensvermittlung angesehen. Daneben plant das Landwirtschaftsministerium die vermehrte Produktion von Wissenschaftsfilmen und landwirtschaftlichen Programmen in Rundfunk und Fernsehen, um wissenschaftliche Methoden in der Landwirtschaft zu popularisieren (XNA, 9.4.83).

Auf einer nationalen Tagung über wissenschaftliche Zeitschriften in Changsha wurde bekannt, daß der weitaus größte Teil der wissenschaftlichen Zeitschriften, deren Gesamtauflage 5,5 Millionen beträgt, auf dem Lande abgesetzt wird. Die Auflagezahl weist gegenüber 1982 in diesem Jahr einen Zuwachs von 40 Prozent auf. In der Provinz Hunan beispielsweise haben über eine Million Bauernfamilien eine wissenschaftliche Zeitschrift abonniert. In Minderheitsgebieten, wie Xinjiang, der Inneren Mongolei und Tibet, werden solche Zeitschriften auch in Minderheitensprachen veröffentlicht (XNA, 9.4.83).

-st-

(24) Veröffentlichung der Memoiren von Burhan

Im Laufe dieses Jahres sollen die Memoiren von Burhan Shahidi im Verlag für literarische und historische Materialien erscheinen

(XNA, 8.4.83; RMRB, 20.4.83). Der Titel des Buches lautet "Fünfzig Jahre Xinjiang" (Xinjiang wu-shi nian). Seit den dreißiger Jahren hat Burhan die Geschichte Xinjangs maßgeblich beeinflusst. Heute ist Burhan Shahidi stellvertretender Vorsitzender im nationalen Komitee der Politischen Konsultativkonferenz des chinesischen Volkes und Ehrenpräsident der Islamischen Gesellschaft Chinas.

Der Xinhua-Meldung zufolge wurde Burhan im Jahre 1894 in Rußland als Sohn einer "auslands-ugurischen" Arbeiterfamilie geboren und kehrte im Alter von 15 Jahren nach Xinjiang zurück. In der Guomindang-Ära sei er der letzte Gouverneur von Xinjiang gewesen. Im Jahre 1949 habe er die "friedliche Befreiung" Xinjangs (durch die Kommunisten) erklärt und danach bis 1955 als erster Vorsitzender der Provinzregierung Xinjiang gedient. Im Jahre 1955, dem Jahr, als Xinjiang autonomes Gebiet wurde, sei Burhan von Zhou Enlai nach Beijing geholt worden, wo er zum stellvertretenden Vorsitzenden des nationalen Komitees der Politischen Konsultativkonferenz und zum Präsidenten der Islamischen Gesellschaft gewählt worden sei.

Burhan gilt als eine der großen politischen Persönlichkeiten Xinjangs im 20. Jahrhundert. Insofern werden seine Memoiren eine wertvolle Quelle für die jüngste Geschichte Xinjangs darstellen, die in der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts geprägt war von dem Bestreben Chinas, seinen Ansprüchen auf dieses Gebiet gerecht zu werden, und dem Ziel Rußlands bzw. der Sowjetunion, Xinjiang in seine Abhängigkeit zu bringen. Wie weit die Memoiren allerdings von der heutigen Sicht des Autors gefärbt sind, bleibt abzuwarten. So erscheint es unwahrscheinlich, daß Burhan der Sohn armer Arbeiter war, denn immerhin hatten seine Eltern so viel Mittel, daß sie den Sohn im zweiten Jahrzehnt dieses Jahrhunderts in Berlin studieren lassen konnten.

-st-

(25) Zeitung der Politischen Konsultativkonferenz

Am 6. April 1983 erschien die erste Nummer der neuen Wochenzeitung "Renmin Zheng Xie Bao" (Zeitung der Politischen Konsultativkonferenz des chinesischen Volkes) (RMRB, 6.4.83; XNA, 7.4.83). In der Politischen Konsultativkonferenz des chinesischen Volkes sind die nichtkommunistischen Einheitsfrontparteien und

-organisationen unter Führung der Kommunistischen Partei zusammengefaßt. Vorsitzender ihres nationalen Komitees ist Deng Xiaoping, in dessen Kalligraphie auch der Zeitungstitel erscheint. Wie es in dem Leitartikel der ersten Ausgabe heißt, setzt sich die Zeitung zum Ziel, die Einheitsfrontpolitik der Kommunistischen Partei zu propagieren und über die Arbeit und Erfahrungen, Vorschläge und Kritik der verschiedenen Komitees der Politischen Konsultativkonferenz im ganzen Land zu berichten.

Die Politische Konsultativkonferenz, die in der Kulturrevolution zu völliger Bedeutungslosigkeit herabgesunken war, ist nach Maos Tod wiederbelebt worden. Es handelt sich bei ihr um ein rein repräsentatives Organ ohne eigene politische Entscheidungsbefugnis. Seit ihrer Wiederbelebung verfolgt sie insbesondere in Hinblick auf Taiwan die von Partei und Regierung ausgegebene Einheitsfrontpolitik. Ausdruck dieser Politik ist einmal die Tatsache, daß der Politischen Konsultativkonferenz in jüngster Zeit neuer Nachwuchs, darunter vor allem Intellektuelle, zugeführt wurde, zum anderen nunmehr die Gründung eines eigenen Presseorgans.

-st-

(26) Nationale Rundfunk- und Fernsehkonferenz

Vom 31. März bis 10. April 1983 fand in Beijing die elfte nationale Konferenz über Rundfunk- und Fernseharbeit statt. In seinem Bericht am Eröffnungstag entwickelte Minister Wu Lengxi vom Ministerium für Rundfunk und Fernsehen Pläne für eine umfassende Reform von Rundfunk und Fernsehen. Dabei hatte er sowohl eine Qualitätssteigerung der Sendungen als auch administrative Maßnahmen im Auge. Zur Anhebung der Qualität rief er die Journalisten insbesondere auf, aktuellere und schnellere Arbeit bezüglich der Nachrichtenvermittlung zu leisten. Minister Wu versprach auch eine stärkere Berücksichtigung ausländischer Nachrichten; zu diesem Zwecke sollen mehr Journalisten ins Ausland, vor allem in Länder der Dritten Welt, geschickt werden. Ferner sollten die Sendungen vielfältiger werden und den Ansprüchen der unterschiedlichen Hörer- bzw. Zuschauergruppen vom Gelehrten bis zum Analphabeten gerechter werden.

In administrativer Hinsicht kündigte der Minister an, daß das Ministerium für Rundfunk und Fernsehen ein zentrales Nach-

richtenzentrum für Rundfunk und Fernsehen einrichten wolle, das in bezug auf die Handhabung von Nachrichten und das Verfassen von Kommentaren die Leitung über die Zentrale Volksrundfunkstation, die Zentrale Fernsehstation und Radio Beijing übernehmen soll. Dieses Nachrichtenzentrum werde auch die Rundfunk- und Fernsehstationen auf Provinzebene mit Nachrichten und Kommentaren versorgen.

Zugleich betonte der Minister, daß Rundfunk und Fernsehen einen chinesischen und sozialistischen Charakter haben müßten, d.h., es dürften keine dekadenten Programme mit obszönem Inhalt oder mit Gewalt- und Mordszenen gesendet werden.

Zur Förderung der nationalen Einheit sollen spezielle Anstrengungen unternommen werden, Rundfunk- und Fernsehsendungen für die nationalen Minderheiten ebenso wie für Taiwan, Hong Kong und Macao zu verbessern.

Was den Ausbau des Rundfunk- und Fernsehnetzes betrifft, so entwickelte der Minister folgende Pläne: Bis zum Ende dieses Jahrhunderts soll das Netz mit den neuesten technischen Methoden ausgebaut sein, wobei sowohl der Inland- als auch der Auslandsdienst gleichermaßen betont werden sollen. Der Auslandsdienst von Radio Beijing soll dann statt bisher in 38 in 45 bis 50 Sprachen senden. Außerdem will China die neueste Satelliten- und Kurzwellenübermittlungstechnik verwenden. Die Zentrale Fernsehstation werde ein neues Farbfernsehzentrum bauen, dessen erste Ausbaustufe in drei bis fünf Jahren abgeschlossen sein soll. Das gegenwärtige Ziel sei, die städtische Bevölkerung mit sechs bis sieben Rundfunk- und vier bis fünf Fernsehprogrammen und die Landbevölkerung mit fünf bis sechs Rundfunk- und vier Fernsehprogrammen zu versorgen (GMRB, 1. und 11.4.83; XNA, 2.4.83). Der Minister wies besonders auf die Aufgabe der Rundfunk- und Fernsehjournalisten hin, die 23 Prozent Analphabeten mit Nachrichten und Wissen zu versorgen. Bis Ende 1986 solle jeder Haushalt in China mit Ausnahme einiger abgelegener Gebiete durch Rundfunk erreichbar sein. Danach solle man sich bemühen, das gleiche Ziel für das Fernsehen zu erreichen (XNA, 11.4.83).

Auf der Abschlusssitzung wurde noch einmal betont, daß die neue Rundfunk- und Fernsehpolitik darauf abziele, neben der zentralen Rundfunk- und Fernsehstation

und den Stationen auf Provinzebene auch diejenigen auf Kreisebene auszubauen. In größeren Städten, wo die Bedingungen vorhanden sind, soll auch mit dem Ausbau von Stereoprogrammen begonnen werden (XNA, 11.4.83).
-st-

AUSSENWIRTSCHAFT

(27)

Versicherungsmöglichkeiten für Auslandsunternehmen in China

Die China International Trust and Investment Corp. (CITIC) und die People's Insurance Company of China (PICC) haben mit Wirkung vom 16. April 1983 in Beijing gemeinsam neue Versicherungsmöglichkeiten für ausländische Investitions- und Geschäftstätigkeiten in China eingerichtet. Vorerst erstreckt sich der Versicherungsschutz auf die Deckung politischer Risiken; später soll er auf andere Gebiete ausgedehnt werden.

Wie Rong Yiren, der CITIC-Vorsitzende, vor Journalisten in Beijing ausführte, zielt die Maßnahme darauf ab, ausländische Investoren zur Gründung von Joint Ventures in China zu ermutigen. Die neue Versicherungsdienstleistung kann von den ausländischen Partnern sowohl bestehender als auch geplanter Joint-Venture-Gründungen in Anspruch genommen werden. Auch andere ausländische Firmen in China können sich gegen politisches Risiko absichern.

Die Schaffung der neuen Möglichkeit für Risikoversicherung ausländischer Firmen in China steht im Zusammenhang mit anderen Bemühungen der CITIC und sonstiger zuständiger Stellen, eine Verbesserung des Investitionsklimas und eine Belebung der Joint-Venture-Aktivitäten, deren Umfang bisher offenbar noch nicht den chinesischen Erwartungen entspricht, zu erreichen. Die Propagierung der Investitionsmöglichkeiten in China und die Werbung für ein stärkeres ausländisches Engagement stehen auch auf dem Programm einer von Rong Yiren geleiteten chinesischen Delegation, die am 2. Mai 1983 von Beijing aus nach Frankreich, Belgien und in die Bundesrepublik abreiste. (NfA, 2.5.83)

-lou-

(28)

Steuerermäßigungen für Joint Ventures

Wie Li Hao, ein Sprecher der Staatlichen Wirtschaftskommission, auf einer Pressekonferenz am

8. April in Beijing mitteilte, hat die chinesische Regierung beschlossen, den jetzt in China ansässigen Joint Ventures Steuerermäßigungen und andere Vorzugsbehandlungen zu gewähren. Entsprechend dieser Entschließung werden die folgenden Positionen von Importzöllen sowie Handels- und Industriesteuern befreit sein: Maschinen, Ausrüstungen und andere Materialien, die von ausländischen Investoren als Teil des Kapitals importiert werden; Ausrüstungen und andere Materialien, die von Joint Ventures mit registriertem Kapital importiert werden sowie Ausrüstungen und Lieferungen, die in China nicht vorhanden sind und als zusätzliches Kapital innerhalb des Rahmens importiert werden, der durch Verträge bestimmt sind. Von den Importzöllen und Industrie- und Handelssteuern sind auch befreit Rohmaterialien, Hilfsmaterialien, Teile sowie Verpackungsmaterial, die zum Zwecke der Herstellung von Exportprodukten importiert werden.

Weiterhin werden von den Joint Ventures anstatt der früheren kombinierten nunmehr die laufenden Industrie- und Handelssteuern bezahlt; die Steuern werden jenen Joint Ventures, die bei der Herstellung von Exportprodukten unter normalen Bedingungen Verluste erleiden, erlassen oder reduziert. Die Entschließung sieht auch vor, daß in den ersten zwei Jahren, in denen Gewinn gemacht wird, keine Einkommensteuer erhoben wird. Für das dritte Jahr gilt eine 50%ige Reduzierung. Das ursprüngliche Einkommensteuergesetz für die Joint Ventures sah vor, daß die Einkommensteuer nur im ersten Jahr nicht gezahlt wird und daß für das zweite und dritte Jahr eine Reduzierung um 50% gilt.

Die Regierung hat nun auch Beschränkungen aufgehoben, die für den Anteil der Produkte von Joint Ventures für den einheimischen Markt galten. Für Produkte, die dringend vom Lande benötigt werden, kann der Anteil der Verkäufe auf dem Inlandsmarkt erhöht werden; solche Produkte können auch ausschließlich auf dem Inlandsmarkt abgesetzt werden.

Falls Joint Ventures Roh- und andere Materialien in China kaufen, wird der Preis der gleiche sein wie für die inländischen Hersteller; es wird in RMB bezahlt. Dieselbe Regelung gilt auch für die Lieferung von Wasser, Elektrizität, Brennstoff und Öl für den Transport. Für seltene Metalle, die für die Herstellung von Exportprodukten benötigt werden,